

40. Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

21.11.2025 in Hannover

TOP 4: Beschluss der Wahl- und Geschäftsordnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

Beschlussvorschlag:

Die Mitgliederversammlung beschließt die Wahl- und Geschäftsordnung.

Wahl-/Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 29.02.1996, geändert von der Mitgliederversammlung am 08.11.2008, 10.11.2012, 17.11.2018, 20.11.2021 und 21.11.2025.

1. Einberufung

Die Mitgliederversammlungen sind unter Wahrung einer Frist von acht Wochen von dem/der Vorsitzenden des Vorstands allen Mitgliedern schriftlich unter Angabe des Tagungsdatums und des Tagungsortes anzukündigen. Dabei sind die Mitglieder aufzufordern, Anträge bis spätestens vier Wochen vor dem Termin der MV schriftlich einzureichen, damit der Vorstand noch ausreichend Zeit hat, sich mit den Anträgen zu befassen und ggf. Vorlagen für die endgültigen Tagungsunterlagen zu erarbeiten.

2. Teilnahmeberechtigung

2.1 Mit Stimmrecht sind alle ordentlichen Mitglieder des Verbandes teilnahmeberechtigt. Das Stimmrecht ist im Fall von Versammlungen unter gleichzeitiger physischer Anwesenheit der Mitglieder durch Abgabe der mit den Tagungsunterlagen übersandten Stimmrechtskarte oder im Fall von im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführten Versammlungen durch Nutzung der übersandten individuellen Einwahlberechtigung (z. B. PIN, Code o. ä.) zu beweisen. Verloren gegangene Stimmrechtskarten und Einwahlberechtigungen können am Tage der Mitgliederversammlung ersetzt werden.

2.2 Ohne Stimmrecht können Vertreterinnen/Vertreter der Kreisverbände und anderer Untergliederungen des Verbands (z. B. Tochtergesellschaften) teilnehmen sowie geladene Gäste.

2.3 Es sind getrennte Anwesenheitslisten zu führen für
a) stimmberechtigte Delegierte
b) nicht stimmberechtigte Delegierte, Gäste
Die Anwesenheitslisten gehen zu den Protokollakten.

3. Tagungsleitung

3.1 Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden des Vorstands, im Vertretungsfall von einem weiteren Mitglied des Vorstands, geleitet (Versammlungsleiterin/Versammlungsleiter). Sind alle Vorstandsmitglieder verhindert, so leitet das älteste und dazu bereite

Mitglied des Verbandsrats die Mitgliederversammlung.

3.2 Während der Wahlen wird die MV von der/dem Vorsitzenden des Wahlausschusses geleitet (s. 8.1).

4. Beschlussfähigkeit

4.1 Die MV ist unabhängig von der Anzahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig. Für einen Beschluss zur Auflösung des Verbands gilt § 13 Abs. 1 der Satzung.

4.2 Die/der die Versammlung Leitende stellt die ordnungsgemäße Einberufung der MV fest und gibt die Zahl der stimmberechtigten Delegierten bekannt, die sich aus der Zahl der beim Tagungsbüro abgegebenen Stimmrechtskarten bzw. aus der Zahl der sich mithilfe der individuellen Einwahlberechtigungen legitimierten Delegierten ergibt (s. 2.1).

4.3 Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme (§ 11 Abs. 2.2 der Satzung).

4.4 Gemäß § 11 Abs. 2.2 der Satzung ist die schriftliche Stimmübertragung auf ein anderes Mitglied möglich. Das verhinderte Mitglied muss seine Vertreterin/seinen Vertreter schriftlich zusammen mit der Aushändigung der Stimmrechtskarte oder individuellen Einwahlberechtigung ausdrücklich ermächtigen, das Mitglied zu vertreten. Im Fall von Versammlungen unter gleichzeitiger physischer Anwesenheit der Mitglieder sind beide Unterlagen von der Vertreterin/dem Vertreter bei der Entgegennahme der Abstimmungsunterlagen beim Tagungsbüro abzugeben. Im Fall von im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführten Versammlungen ist die Stimmrechtsvollmacht in Kopie bis spätestens einen Tag vor der Versammlung dem Vorstand zu übermitteln.

4.5 Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes und seiner Tochtergesellschaften können weisungsgemäß keine Vertretung wahrnehmen, es sei denn, sie sind gleichzeitig Vorstandsmitglied einer Mitgliedsorganisation.

4.6 Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt (§ 11 Abs. 2.3 der Satzung). Die Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

5. Gegenstand der Beratungen

5.1 Die Tagesordnung wird von der Versammlungsleiterin/dem Versammlungsleiter entsprechend der fristgerechten Einladung festgestellt. Schriftliche Anträge, die gemäß 1. fristgerecht eingegangen sind, müssen Bestandteil der Tagesordnung sein. In dringenden Angelegenheiten, deren Behandlung und Beschlussfassung durch die MV keinen Aufschub duldet, können Anträge noch bis zum Eintritt in die Tagesordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens 10 % der vertretenen Mitgliedsorganisationen gestellt sind.

5.2 Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten können Anträge mündlich gestellt werden. Ihre Behandlung und die Abstimmung erfolgen nur, wenn die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zustimmt.

Anträge sind nur von Stimmberechtigten zulässig. Eine evtl. erforderlich werdende Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung bestimmt die Versammlungsleiterin/der Versammlungsleiter nach Anhörung der MV.

6. Durchführung der Beratungen

6.1 Wortmeldungen können im Fall von Versammlungen unter gleichzeitiger physischer Anwesenheit der Mitglieder durch Handzeichen sowie im Fall von im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführten Versammlungen durch Nutzung der dafür bereitgestellten technischen Funktion erfolgen. Das Wort ist in der Reihenfolge der Wortmeldungen zu erteilen.

6.2 Mitgliedern des Verbandsrats und des Vorstands kann außer der Reihe das Wort erteilt werden.

6.3 Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen, nachdem der Antragssteller bzw. die Antragsstellerin und ein evtl. Gegenredner oder eine evtl. Gegenrednerin gesprochen haben. Als Antrag zur Geschäftsordnung sind ausschließlich zulässig:

a) Sitzungsunterbrechung

b) Schluss der Debatte

c) Schluss der Redeliste

d) Sofortige Abstimmung

Anträge zur Geschäftsordnung kann nur stellen, wer noch nicht zur Sache gesprochen hat.

6.4 Diskussionsbeteiligten, die nicht zur Sache sprechen, kann von der versammlungsleitenden Person das Wort entzogen werden.

6.5 Alle Diskussionsbeiträge sind knapp zu fassen und dürfen eine Redezeit von 3 Minuten nicht überschreiten. Die versammlungsleitende Person kann nach Anhörung der MV die Redezeit bei den einzelnen TO-Punkten beschränken.

6.6 Personen, die sich in der Debatte nicht an die parlamentarischen Regeln halten und die Sachdiskussion zu stören suchen, kann von der versammlungsleitenden Person das Wort entzogen und sie können von der Versammlung ausgeschlossen werden.

6.7 Abstimmungen erfolgen in der Regel offen. Stellt eine stimmberechtigte Delegierte/ein stimmberechtigter Delegierter den Antrag auf geheime Abstimmung, so ist dem zu folgen.

7. Niederschriften

7.1 Für die Niederschriften gilt § 11 Abs. 2.6 der Satzung.

7.2 Die Protokollführung bestimmt der Vorsitzende/die Vorsitzende des Vorstands.

7.3 Die Niederschrift ist gültig, wenn nicht innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Protokolls widersprochen wird (§ 11 Abs. 2.6 der Satzung). Zum Widerspruch berechtigt sind nur die stimmberechtigten Delegierten, die an der MV persönlich teilgenommen haben. Über den Widerspruch entscheidet der Vorstand; in wichtigen Angelegenheiten nach Anhörung

des Verbandsrats.

8. Wahlen

8.1 Zur Vorbereitung der Verbandsratswahlen nominieren Vorstand und Verbandsrat gemeinsam einen aus fünf Personen, davon mindestens zwei Frauen, bestehenden Wahlausschuss sowie je eine Vertreterin und einen Vertreter, welche ggf. bei Rücktritt eines Ausschussmitglieds nachrücken.

Der Ausschussvorsitz wird durch die Ausschussmitglieder bestimmt. Die Mitglieder des Ausschusses sollen in der Abwicklung von Wahlen erfahrene Persönlichkeiten sein. Sie müssen nicht zwingend eine Mitgliedsorganisation vertreten, dürfen jedoch nicht selber für ein Amt kandidieren. Für den Wahlausschuss können auch bis zu zwei Beschäftigte des Landesverbands nominiert werden. Aufgabe des Wahlausschusses ist es, die technischen Vorbereitungen für die Durchführung der Wahlen zu treffen. Er darf keinen Einfluss auf die Wahlentscheidungen der Mitglieder nehmen. Seine Beschlüsse fasst er mit einfacher Mehrheit und führt darüber ein Protokoll, das zu den Wahlakten zu nehmen ist. Sitzungen des Wahlausschusses können auch im Wege der elektronischen Kommunikation (z. B. per Telefon- und/oder Videokonferenz) durchgeführt werden. Beschlüsse des Wahlausschusses können auch ohne Sitzung der Wahlausschussmitglieder im Umlaufverfahren (schriftlich oder per E-Mail) gefasst werden. Ein im Umlaufverfahren gefasster Beschluss ist gültig, wenn alle Wahlausschussmitglieder beteiligt wurden, bis zu dem von dem/der Wahlausschussvorsitzenden gesetzten Termin mindestens zwei Drittel der Mitglieder ihre Stimmen in Textform abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.

8.2 Der Wahlausschuss wird in der Sitzung des Verbandsrats nominiert, die im zweiten Quartal des Jahres, in dem eine MV ohne Verbandsratswahlen stattfindet, abgehalten wird. Der Ausschuss ist in der nachfolgenden MV zu bestätigen.

8.3 Der Wahlausschuss fordert per Rundschreiben sechs Monate vor der Mitgliederversammlung, in der Wahlen stattzufinden haben, alle Mitglieder, die Fachbereichsgruppen und die Beiräte der Kreisverbände auf, bis vier Monate vor der Wahl Kandidatinnen und Kandidaten zu benennen. Die Vorschläge jeder der drei Gruppierungen werden jeweils auf zwei nach Geschlecht unterschiedenen Listen geführt (= 6 Listen). Jede Kandidatin/jeder Kandidat kann nur auf einer Liste geführt werden. Spätestens zwei Monate vor der Wahl gibt der Wahlausschuss die Listen der Kandidatinnen und Kandidaten mit Sonderrundschreiben bekannt. Die Listen enthalten in alphabetischer Reihenfolge der Namen folgende Angaben:

- a) Name, Vorname
- b) Geburtsdatum
- c) Anschrift

- 171 d) Titel bzw. berufliche Funktion
 172 e) evtl. Funktion in einer Mitgliedsorganisation oder einem Organ des
 173 Paritätischen
 174 f) Lichtbild
 175 g) vorgeschlagen von: Fachbereich/Versammlung des Kreisverbands
 176 /direkt von Mitgliedsorganisationen
 177 Nach Bekanntgabe der Listen ist den Kandidatinnen und Kandidaten
 178 Gelegenheit zu geben, sich auf Versammlungen der Kreisverbände oder
 179 Fachbereichsversammlungen oder bei Veranstaltungen von
 180 Mitgliedsorganisationen bei den Mitgliedern bekanntzumachen.
- 181 8.4 Die Listen der Kandidatinnen und Kandidaten sind in der Form von
 182 Muster-Stimmzetteln mit den ordentlichen Tagungsunterlagen (s. 1.) den
 183 Mitgliedern zuzustellen.
- 184 8.5 Der Verbandsrat hat 12 Sitze, von denen jeweils die Hälfte (= 6) auf
 185 weibliche und männliche Kandidaten entfallen. Sollten sich nicht
 186 ausreichend Kandidatinnen oder Kandidaten gefunden haben, um die
 187 dem jeweiligen Vorschlagsgremium (Fachbereichsversammlungen,
 188 Versammlung der Kreisverbände und Mitgliedsorganisationen) aus § 10
 189 Abs. 1.2 der Satzung und Punkt 8 Abs. 8.3 dieser Wahl-
 190 /Geschäftsordnung und dem dazugehörigen Geschlecht zustehende
 191 Anzahl von Plätzen zu besetzen, so wird auf ein Mitglied einer anderen
 192 Vorschlagsliste ausgewichen. Diese Vorgehensweise dient dem Ziel, die
 193 vorgegebene Geschlechterparität einzuhalten. Sollte die entsprechende
 194 Vorschlagsliste des betroffenen Vorschlagsgremiums erschöpft sein, so
 195 rückt ein Kandidat bzw. eine Kandidatin aus einer anderen
 196 Vorschlagsliste desselben Geschlechts eines anderen
 197 Vorschlagsgremiums nach. Hierbei ist in folgender absteigender
 198 Reihenfolge zu verfahren:
 199 1. aus Mitgliedsorganisation direkt
 200 2. aus Fachbereichen
 201 3. aus Kreisverbänden.
 202 Soweit die Vorschlagslisten der Kreisverbände betroffen sein sollten,
 203 sind zunächst die Vorschlagslisten der Mitgliedsorganisationen und dann
 204 die der Fachbereiche zu berücksichtigen. Insgesamt ist in der Weise zu
 205 verfahren, dass sämtliche Vorschlagslisten gemäß der festgelegten
 206 Reihenfolge zu berücksichtigen sind. Sofern sämtliche Vorschlagslisten
 207 der Vorschlagsgremien erschöpft sein sollten, ohne dass ein
 208 Ersatzmitglied desselben Geschlechts gefunden werden konnte, ist
 209 analog § 10 Abs. 1.7 S. 4 der Satzung fortzufahren.
- 210 8.6 Die Wahl der Verbandsratsmitglieder erfolgt geheim. Erfolgt die Wahl im
 211 Fall von Versammlungen unter gleichzeitiger physischer Anwesenheit der
 212 Mitglieder unter Nutzung von Stimmzetteln, dürfen auf jedem der sechs
 213 Stimmzettel höchstens zwei Kandidatinnen oder Kandidaten angekreuzt
 214 werden. Stimmzettel, die mehr als die zulässige Höchstzahl an Kreuzen
 215 tragen oder sonstige Eintragungen aufweisen, sind ungültig. Gewählt sind
 216 auf allen sechs Listen jeweils die zwei Personen mit den höchsten



- 217 Stimmzahlen. Für die Wahl brauchen die Kandidatinnen und Kandidaten
218 nicht die Mehrheit ($\geq 50\%$) der abgegebenen Stimmen zu erreichen.
- 219 8.7 Der Wahlausschuss bestimmt das Verfahren des Einsammelns der
220 Stimmzettel, der Auszählung und der Protokollierung. Er kann sich dazu
221 ein Wahlhelferteam bestellen.
- 222 8.8 Alle Abstimmungsunterlagen sind zu den Protokollakten zu nehmen.
223
224
225
- 226 Kerstin Tack
227 Vorsitzende